

■ Drucksachen

Was ist Arbeitslohn? Vor 170 Jahren veröffentlichte Karl Marx seine Arbeit »Lohnarbeit und Kapital« (Teil 1). Klassiker

■ Schwarzer Kanal

Die *Deutsche Welle* veröffentlicht eine Preseschau aus Texten von 1999 zum Kosovo-Krieg, wälzt sich aber sofort im Staub

■ Reportage

Syrien: Trotz Deeskalationszone in Idlib bleibt die Nachbarprovinz Hama Ziel dschihadistischer Angriffe. Besuch in Maharda

■ XYZ

Das Caricatura-Museum richtet einen Abend für den kürzlich verstorbenen F. W. Bernstein aus. Von Dirk Braunstein



»Wir sollten lieber über die real existierende Abschottungspolitik sprechen«

»Racial journalism«. Die Berichterstattung über die Kölner Silvesternacht 2015/16 markiert das Ende einer kurzzeitig flüchtlingsfreundlichen Haltung der Mainstreammedien

Gespräch mit David Goeßmann ■ Die Erfindung der bedrohten Republik. Über die »Flüchtlingskrise«, das Versagen der Medien und wie die Linke damit umging

MARKUS BOEHM/DFA

Die Flüchtlinge waren in den vergangenen Jahren eines der zentralen politischen und gesellschaftlichen Themen.

War da die Berichterstattung in den Medien bisweilen auch rassistisch?

Nun, die Leitmedien belegen die Flüchtlinge selbstredend nicht mit Begriffen wie sie beispielsweise bei Pegida-Demonstrationen oder in dortigen Reden zu hören waren, wie etwa »Messermänner« oder andere verunglimpfende Bezeichnungen. Sie gehen anders vor. Sie blähen ein Ereignis auf und machen daraus Sodom und Gomorra. Die tatsächlichen und vermeintlichen Vergehen werden grell ausgeleuchtet. Allein zur Kölner Silvesternacht 2015/16 finden sich rund 30.000 Artikel in der Presседatenbank für das Jahr 2016. Da wurde beinahe durchgängig von einem »Sexmob« gesprochen. Die Botschaft, die bleibt, ist klar: Wenn wir die Grenzen öffnen, dann kommen die Araber und Nordafrikaner

und belästigen unsere Frauen und Mädchen. Und der entsprechende Effekt hat sich denn auch eingestellt. In Umfragen, die danach durchgeführt wurden, haben Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik angegeben, dass sie sich inzwischen unsicherer fühlen, obwohl Kriminologen – gestützt auf empirische Daten – sagen: die Zahl der Fälle sexualisierter Gewalt ist gar nicht gestiegen, sondern – pro Kopf berechnet – sogar gesunken. 33 Prozent der



Deutschen haben nach den Ereignissen von Köln gesagt, dass sie eine verschlechterte Einstellung zu Flüchtlingen haben. Die Berichterstattung war nicht offen rassistisch, es traf vielmehr zu, was ich »racial journalism« nenne; das heißt, die Themen Migranten bzw. Flüchtlinge werden ständig mit negativen Aspekten verknüpft.

Ist die Kölner Silvesternacht der Wendepunkt gewesen?

Ja, aber ganz so eindeutig verhält es sich

nicht. Klar, während des »Willkommenssommers« 2015 gab es ein ganze Reihe positiver Artikel. *Bild* wartete mit Schlagzeilen wie »Refugees welcome« auf und jeder, der das Blatt kennt, hätte sich fragen müssen, wie das zustande kommt. Aber in einem großen Teil der Berichte wurde schon damals über Streit und Überlastung, die Konkurrenz auf den Arbeitsmarkt und

■ Fortsetzung auf Seite zwei

David Goeßmann

studierte Germanistik und Philosophie, arbeitete für den *Deutschlandfunk* sowie als Korrespondent in den USA für *Spiegel Online* und *Die Welt*. Er arbeitete unter anderem investigativ für die ZDF-Sendung »WISO« und das NDR-Medienmagazin »Zapp«. Vor zehn Jahren gründete er zusammen mit Fabian Scheidler das unabhängige Nachrichtenmagazin *Kontext TV*. Seit vielen Jahren analysiert und kritisiert er die Medienberichterstattung. Beim Eulenspiegel Verlag ist jüngst sein Buch »Die Erfindung der bedrohten Republik. Wie Flüchtlinge und Demokratie entsorgt werden« erschienen.

■ Fortsetzung von Seite eins

die Wohnungsfrage, über Chaos und Terrorismus geschrieben. Also selbst während dieses Willkommenssommers wurde nicht ausschließlich positiv berichtet.

Wie erklärt sich diese zeitweilig eher positive Haltung der Medien?

Das rührte nicht zuletzt daher, dass die Regierung Merkel damals mehr oder weniger alternativlos dastand. Sie sah sich gezwungen, den »Stau« der Flüchtlinge auf der Balkanroute aufzulösen. Denn andernfalls hätte ein Dominoeffekt von Grenzsicherungen droht. Wenn die

mindest, auffällig oft eingeladen worden.

Tatsächlich nicht in dem Maße, wie man das vermuten würde. Es gibt ein Missverhältnis, aber viel auffälliger ist vor allem, dass die Linkspartei viel seltener eingeladen wurde. Die CSU dagegen war überproportional vertreten. Interessant ist, welche Positionen jeweils eingenommen wurden. Zwischen dem Sommer 2015 und dem Sommer 2016 handelten fast alle Sendungen bei »Hart aber Fair« von Flüchtlingsthemen, dabei immer mit dem Tenor: Unsere Kapazitäten sind erschöpft. Die Hälfte der geladenen Gäste stand dem

” Pro Kopf wird in Deutschland für Flüchtlinge in den Lagern weniger Geld ausgegeben, als der deutsche Hundehalter für seinen Hund bezahlt.

Bundesrepublik dichtgemacht hätte, wäre das nächste Land Österreich gewesen, danach die anderen europäischen Staaten. Die deutschen Arbeitgeberverbände haben sich von Anfang an hinter Merkel gestellt; aus einem einfachen Grund: Sie wollten den europäischen Binnenmarkt aufrechterhalten. Sie wollten nicht, dass die Flüchtlingsproblematik dazu führte, das Schengen-System außer Kraft zu setzen, woran auch der Warenverkehr in der Europäischen Union Schaden genommen hätte. Wenn die ganze Logistik in Stolpern geraten wäre, hätte das Milliarden gekostet. Aus nationalem Interesse hat das Kanzleramt, anders als die anderen europäischen Regierungen, entschieden, die Asylsuchenden weiterziehen zu lassen. Das war eine nüchterne, realpolitische Entscheidung, nicht ein humanitärer Blitz, der in Merkel eingeschlagen ist. Die Medien haben da mitgespielt. In dieser kurzen Phase hieß es dann, wir machen jetzt keine »Asylanten«-Geschichten, sondern wir machen Willkommensstories, wir übernehmen kurzzeitig die Slogans der internationalen linken Bewegung: »Refugees Welcome«.

Wann änderte sich das?

Mit der Entscheidung, die Flüchtlinge weiterziehen zu lassen, war rasch auch die Folgeentscheidung getroffen: Wir machen jetzt dicht, wir müssen dafür sorgen, dass keine weiteren Flüchtlinge nachkommen. Schon im Herbst gab es die ersten Gespräche, im November die erste Vereinbarung mit der Türkei. Die Landroute wurde gesperrt, die Flüchtlingszahlen gingen drastisch runter. Und ab diesem Zeitpunkt herrschte dann auch bei *Bild* die Devise, wir müssen diese Abschottungspolitik unterstützen. Das war die »Erfindung der bedrohten Republik«, die Verbreitung vieler Geschichten, mit denen die Schutzverantwortung umgedreht worden ist. Nicht mehr: Wir müssen die Flüchtlinge schützen, sondern: Die Deutschen müssen sich vor den Flüchtlingen schützen. Das ist, was ich in meinem Buch analysiere.

Welche Medien haben Sie bei Ihrer Recherche untersucht?

Ich habe vor allem die Leitmedien unter die Lupe genommen und bin zum Beispiel der Frage nachgegangen, wie viele Beiträge über die Kölner Silvesternacht veröffentlicht wurden. Das habe ich mit dem Umfang der Berichterstattung über die Missbrauchsskandale in der katholischen Kirche oder die Fälle sexueller Gewalt auf den Oktoberfest verglichen. Schon rein quantitativ ergaben sich da eklatante Unterschiede, wie stark über die Flüchtlinge berichtet wurde und wie wenig über die »normalen« Sexualdelikte. Diese Unterschiede fanden sich nicht nur in der Qualitätspresse, sondern auch bei den Talkshows.

Zu diesen Talksendungen, in denen das Flüchtlingsthema behandelt wurde, ist die AfD, so schien es zu-

Merkel-Kurs skeptisch gegenüber, forderte ein härteres Vorgehen. Die andere Hälfte befand sich mehr oder weniger in Übereinstimmung mit der Regierung, kritisierte bisweilen deren schlechtes Management. Es gab aber niemanden, der gesagt hätte, wir müssen mehr machen, obwohl diese Position in der Zivilgesellschaft, in der Bevölkerung und auch im Parlament vertreten war. Etwa, wenn Vertreter der Linken forderten, wir müssen legale Fluchtwege, sichere Wege übers Mittelmeer schaffen. Aber diese Position schien überhaupt nicht zu existieren. Wenn man sich als Zuschauer die *ARD*-Talkshows anschaute, entstand der Eindruck, dass es nur zwei Positionen gibt: Entweder diejenige, Merkel als Mutter Theresa zu präsentieren, wobei dann ihre Abschottungspolitik ausgeblendet wurde, oder die, dass die Genfer Konventionen zu missachten seien – eine absolute Verengung dessen, was real an gesellschaftliche Alternativen und Lösungen vorhanden war.

Erfolgte denn die »Erfindung der bedrohten Republik« nicht vielmehr in den »sozialen Medien«?

Es stimmt, im Netz gibt es alles mögliche Zeug. Aber die Tagesschau sehen täglich fast zehn Millionen Menschen. Das hat eine ganz andere Wirkung. Und noch etwas anderes: Die *NDR*-Sendung »Panorama« nahm eine flüchtlingsfreundliche Haltung ein. Daraufhin hagelte es Hasskommentare. Untersuchungen ergaben allerdings, dass vergleichsweise wenige Menschen eine enorme Masse an Nachrichten produziert haben. So entstand der Eindruck, Hunderttausende hätten sich zu Wort gemeldet, die Deutschen seien zu Rassisten geworden. Genauer besehen verhielt es sich anders. Einer von Amnesty International in mehreren Ländern durchgeführten Umfrage zufolge sprachen sich 96 Prozent der Deutschen dafür aus, verfolgte Menschen und Kriegsflüchtlinge aufzunehmen. Und 76 Prozent antworteten auf die Frage, ob die Regierung mehr tun solle mit Ja. Das war im April 2016, also nachdem bereits hunderttausende Kriegsflüchtlinge gekommen waren und auch nach der Kölner Silvesternacht. In drei anderen Umfragen bewertete eine Mehrheit der Deutschen die Abschottungsvereinbarung mit Erdogan als schlecht, obwohl explizit darauf hingewiesen wurde, dass ohne Deal mehr Flüchtlinge im Land aufzunehmen wären. Doch darüber ist kaum berichtet worden. Es ging immer nur um die angebliche Rebellion der Bürger gegen Flüchtlinge. Die erfolgte millionenfache Hilfsbereitschaft angesichts einer tatsächlich angespannten Lage zu jener Zeit – nicht zuletzt verursacht durch die finanziellen Kürzungen in den Kommunen in den vergangenen Jahren – ging in den Medien fast völlig unter.

Die Medien tragen also Schuld am wachsenden Rassismus innerhalb der Gesellschaft?

Das funktioniert alles komplizierter. In jeder Gesellschaft gibt es einen stabilen Anteil radikaler Rechter und weitverbreitete rassistische Ressentiments. Die lassen sich aktivieren oder abmildern. Die Medien haben nun tatsächlich zu deren Aktivierung beigetragen. Auf allen Ebenen. Das politische Zentrum, die Mainstreammedien haben diese Ränder mit ihrer Berichterstattung bedient. Das Erstarken der AfD hängt gar nicht ursächlich mit dem Auftreten der Flüchtlinge zusammen, sondern vielmehr mit der Art und Weise, wie das Thema »Flüchtlinge« behandelt worden ist. Während der Zeit, als Hunderttausende Flüchtlinge kamen, also zwischen 2014 und Sommer 2015 ist die Zustimmung zur AfD von neun Prozent auf vier Prozent gesunken. Eine negative Korrelation: mehr Flüchtlinge, weniger Zustimmung für die AfD. Ab dem Sommer 2015 änderte sich das dann. Der Krisendiskurs begann, die Rede vom Kontrollverlust, dann kam »Köln« ... Danach gehen die Flüchtlingszahlen deutlich nach unten, weil Merkel mehr oder weniger das AfD-Programm umgesetzt hat – eine brutalisierte Abschottungspolitik mit vielen tausend Toten, schlimmste Bedingungen für Flüchtlinge in Lagern in Libyen. Und jetzt sehen wir, dass die AfD in dieser Phase erheblich dazugewinnt. Die wachsende Zustimmung hat maßgeblich damit zu tun, wie in der Öffentlichkeit die Angelegenheit als gesellschaftliche Krise, als terroristische Bedrohung diskutiert wurde, wie das Thema immer wieder auf die Titelseiten gehievt wurde. Das bot der AfD ein ideales Agitationsfeld. Die Behauptung, wenn die Flüchtlinge nicht wären, dann wäre alles im Lot, denn die seien Schuld am Lohndumping, seien Konkurrenten um zu wenige Wohnungen, nehmen uns die Heimat weg – all das stieß auf offene Ohren und bediente vorhandene Ressentiments.

Innerhalb der Linken ist heftig darüber gestritten worden, wie man sich in der Flüchtlingsfrage zu verhalten habe.

Zunächst ist zwischen Flucht und Migration zu unterscheiden. Und dabei sind Teile der Linken in die Falle getappt, indem sie beides vermengt haben. Das haben die Rechten immer schon getan, wenn sie behaupten, die Flüchtlinge seien gekommen, um hier zu arbeiten. Die Wahrheit aber lautet, dass die Flüchtlinge keine Möglichkeit zur Rückkehr haben, weil sie verfolgt werden. Und deshalb besitzen sie international klar definierte Rechte und nicht irgendein ominöses »Gastrecht«, das sie dann zu beachten haben. Nicht parteiintern, da wurde sauber argumentiert, aber in der Öffentlichkeit erlitt die Linke einen vollkommenen Blackout, weil ständig nur über Migration gesprochen wurde. Es gab aber im Sommer 2015 keine Migrationskrise, sondern etliche Zehntausende Menschen, die vor einem Krieg flohen. Es ging da gar nicht um eine »unerwünschte« Arbeitsmigration vom globalen Süden in den globalen Norden. Und diese Migration ist im übrigen auch zahlenmäßig gar nicht gewachsen. Das belegen auch Angaben der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex über »illegale Grenzübertreite«. Diejenigen, die über die Balkanroute kamen, wurden nach internationalem Recht anerkannt, das waren genuine Flüchtlinge. Und wer jetzt behauptet, die Migranten stünden vor der Türe und warteten nur darauf, uns zu überrennen, wenn wir die Grenzen aufmachen, gibt sich einem Mythos hin. Die Grenzen wurden nicht auf-, sondern dichtgemacht. Der Wiener Publizist Hannes Hofbauer, den ich schätze, begehrt mit seinem Buch »Kritik der Migration« den gleichen Fehler. Er überblendet Flüchtlingsschutz mit Migration. Er spricht von der »großen Wanderung der Muslime« nach 2015, syrischen Deserteuren, die sich vor dem Kampf gegen den IS drückten. Und geht dabei sogar soweit, dass er die Migration in Verbindung mit

dem genozidalen »Siedlerkolonialismus« der Europäer in Amerika setzt, um zu dem Schluss zu gelangen: Migration kann deshalb nicht gut sein. Ich finde das unsäglich.

Wie hätte sich die Linke denn in dieser Frage verhalten sollen?

Strategisch haben Wagenknecht, Lafontaine und die anderen schwere Fehler gemacht. Die »besorgten Bürger« gehen aufgrund einer solchen Position nicht zu den Linken, die fühlen sich bei der AfD besser aufgehoben. Wir sollten vielmehr über das extrem brutale Abschottungsregime sprechen, das dazu führt, dass im Mittelmeer jeden Tag Menschen ertrinken. Eine progressive Kritik an diesem Regime ist nötig. Mit einer klaren Haltung gegen die Abschottung hätten sich viele Stimmen für eine emanzipatorische Agenda gewinnen lassen. Deutschland hat sich seit den 2000er Jahren von der Flüchtlingsversorgung abgekoppelt. Andere Länder, auch in Europa, haben jahrzehntlang viel mehr geleistet als die Bundesrepublik, und die meisten Flüchtlinge – 85 bis 90 Prozent – werden ohnehin in den Entwicklungsländern in Lagern versorgt. Dort harren diese Menschen oft 30 Jahre ohne Perspektive aus, Kinder wachsen dort auf, ohne je eine »normale« Gesellschaft kennengelernt zu haben. Da schütten die Industriestaaten ein paar Nahrungsmittel aus, und gut ist. Pro Kopf wird in Deutschland für diese Menschen in den Lagern weniger Geld ausgegeben, als der deutsche Hundehalter für seinen Hund bezahlt. Das ist der neue Humanismus, der dann unter dem Slogan »Fluchtursachen bekämpfen« vermarktet wird. Und die Medien nehmen daran keinen Anstoß.

Worin besteht das Versagen der Medien genau?

Hie und da gibt es mal eine Reportage über die schlimmen Zustände in den Lagern. Die *ARD*-Sendung »Monitor« zum Beispiel hat über Gefängnisse in Libyen berichtet, wie Leute dort gefoltert, Frauen vergewaltigt und Menschen versklavt werden. Aber das war es dann auch. Ansonsten erfahren wir nichts darüber. Das nenne ich gezielte Ignoranz. Das lässt sich auch anhand der Berichterstattung über zwei ähnlich verlaufene Schiffskatastrophen vor Lampedusa zeigen, bei denen jeweils etwa 400 Menschen ertranken. Bei dem ersten Unglück, im Frühjahr 2015 vor der eigentlichen »Flüchtlingskrise«, gab es noch ein wenig »Soul-searching« in Rundfunk und Presse. Die zweite Tragödie ereignete sich nach dem Türkei-Deal, der in den Medien als alternativlos dargestellt wurde. Die Katastrophe war eine Folge dieses Deals, denn mit ihm war die Landroute gesperrt. Bei diesem zweiten Unglück wurde nun aber kollektiv weggeschaut und relativiert. Hat damals irgendein Journalist danach gefragt, wie es den Überlebenden und den Angehörigen geht? Wurden da Geschichten von diesen Menschen geschrieben, so wie das zum Beispiel nach den Terroranschlägen 11. September 2001 in den USA geschehen ist? Die Mainstreammedien haben komplett darin versagt, die Perspektive der Opfer einzunehmen, die die »Kollateralschäden« der Abschottungspolitik sind. Wie sollen die Bürger eine rationale Entscheidung zu dieser Politik treffen, wenn ihnen ein so elementarer Teil der Information vorenthalten bleibt? Die Türkei hat eine 746 Kilometer lange Mauer mit NATO-Stacheldraht an der Grenze zu Syrien errichtet; die Grenzschützer, die nach Augenzeugenberichten dort Flüchtlinge misshandeln und auch töten, werden von der EU mit 80 Millionen Euro finanziert. Wer weiß denn das? Es gibt eine riesige Diskussion darüber, dass Trump seine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen will. Aber wir haben unsere Mauer schon! Die hat unser Türsteher gebaut.

Das Gespräch führte Carmela Negrete